

Veränderungen und Herausforderungen im Gemeinwesen

Bericht über eine Befragung unter
BürgermeisterInnen, VertreterInnen der
Freiwilligen Feuerwehren und
SozialarbeiterInnen im Landkreis Bautzen



Mit freundlicher Unterstützung von:

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie *leben!*



bautzen
DER LANDKREIS

Impressum:

Auftraggeber: Netzwerk für Kinder- und Jugendarbeit e.V.
Lutherstraße 13
01877 Bischofswerda
wir@kijunetzwerk.de

Textsatz und Grafiken: L^AT_EX,

Datum: 31.03.2021

© Netzwerk für Kinder- und Jugendarbeit e.V. (V.i.S.d.P.)

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des
BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen
die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Inhaltsverzeichnis

Grußwort	6
1 Einleitung	8
1.1 Der Arbeitsrahmen des Programms und der Hintergrund der Befragung .	8
1.2 Ausgangspunkte und Fragestellungen	8
1.3 Die befragten Gruppen	10
1.4 Beteiligung	10
1.5 Zum Charakter der getroffenen Aussagen	12
2 Jugend und Jugendarbeit	13
2.1 Jugend – ein Thema für BürgermeisterInnen?	13
2.2 Implizite pädagogische Perspektiven	14
3 Kooperationen und Unterstützung	17
4 Einschätzungen zu Veränderungen im Gemeinwesen und ihre Auswirkungen	21
4.1 Einschätzungen zur Zukunft von Gemeinden	21
5 Einschätzungen zu Veränderungen in politischen Prozessen	24
5.1 Verschwörungstheorien	24
5.2 Politische Nichtbeteiligung	27
6 Einschätzungen zum Thema Übergriffe und Gewalt	29
7 Einschätzungen zu Veränderungen in den Arbeitsfeldern	31
7.1 Arbeitsbelastung	31
7.2 Gestaltung und Administration	32
8 Fazit	33
Literatur	34

Abbildungsverzeichnis

2.1	Jugend, Werte und Fähigkeiten	15
3.1	Zeit- und Unterstützungsbedarfe der BürgermeisterInnen	18
3.2	Zusammenarbeit von Einrichtungen der Jugendarbeit mit anderen Einrichtungen	19
4.1	Herausforderungen für BürgermeisterInnen nach Bereichen	23
5.1	Google-Trends zu „Verschwörungstheorie“ und „Demokratie“	26
5.2	Gründe für Nichtbeteiligung an Politik	27
6.1	Einschätzungen zu persönlichen Bedrohungen und zum Umgangston in der Politik	29
6.2	Einschätzungen zu künftig erwarteten Übergriffen	30
7.1	Veränderungen und Mehrbedarf bei BürgermeisterInnen	31

Tabellenverzeichnis

1.1	Beteiligung nach Befragtengruppen	11
1.2	Interesse an den Befragungsergebnissen	12
2.1	Stellenwert des Themas „Jugend“	13
3.1	Unterstützung der BürgermeisterInnen	17
3.2	Unterstützung der Jugendarbeit	19
4.1	Veränderungen in 10 Jahren	22
4.2	Auswirkungen der Veränderungen in 10 Jahren	22
5.1	Einschätzung zur Zunahme von Verschwörungstheorien	25
5.2	Aufklärungsbedarf hinsichtlich Falschinformationen und verzerrten Darstellungen	26
7.1	Selbsteinschätzung der BürgermeisterInnen zum Arbeitsfokus	32

Grusswort

Die „Partnerschaften für Demokratie“ sind Teil des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Drei zentrale Ziele stehen in der Arbeit im Fokus: Demokratie fördern, Vielfalt gestalten und Extremismus vorbeugen.

Im Landkreis Bautzen wird das Programm durch das Landratsamt Bautzen unter Einbindung des Jugendhilfeträgers „Netzwerk für Kinder- und Jugendarbeit e.V.“ mit Sitz in Bischofswerda umgesetzt. Ziel der Arbeit in unserer Region ist es, Ideen und Arbeitsansätze zu fördern, die sich für die Menschenwürde und eine lebendige Demokratie vor Ort einsetzen. Dies geschieht durch konkrete Projektförderung, aber auch durch die Beratung und Unterstützung von Einzelpersonen, Vereinen oder Verwaltungen.

Die „Partnerschaften für Demokratie“ sind somit ein Förderprogramm, das thematisch breit aufgestellt ist und daher auch flexibel agieren kann. Damit wir uns an den tatsächlichen lokalen Bedarfen orientieren, nutzen wir unterschiedliche Verfahren, um mit den verschiedensten AkteurInnen in Kontakt und ins Gespräch zu kommen. In diese fragende Arbeitshaltung reiht sich auch die Ende 2020 durchgeführte Studie zu den „Herausforderungen im Gemeinwesen“ ein.

Wer sich mit der Studie befasst, dem wird eines auffallen: Das Spektrum der Fragen ist sehr breit. Vom Blick auf die Jugend über Mehrbelastungen im Gemeinwesen, Gewalterfahrungen bis zur Einschätzung von Zukunftsperspektiven in unserer Region ist vieles dabei. Dies sind alles Themen, die uns in der Demokratiewerkarbeit beschäftigen. Doch wie schätzen AkteurInnen im Gemeinwesen diese Themenbereiche im Rahmen ihrer Arbeit ein? An welchen Themen können wir gemeinsam weiterarbeiten, damit wir das Förderprogramm nicht an lokalen Bedarfen „vorbeiplanen“?

Um einen systematischen Einblick zu erhalten, haben wir die vorliegende Studie mit Unterstützung von externen wissenschaftlichen Fachkräften durchgeführt. Drei Gruppen von Befragten wurden dazu angeschrieben, die bedingt durch ihre Arbeitsfelder jeweils einen anderen Fokus auf die Themen der Studie haben: BürgermeisterInnen als gewählte VertreterInnen der Gemeinde (§ 51 SächsGemO), Ehrenamtliche der Freiwilligen Feuerwehren, die zu einem der größten Ehrenamtsnetzwerke im Landkreis gehören (§18 BRKG) sowie JugendsozialarbeiterInnen, die AnsprechpartnerInnen für junge Menschen sind und diese auch dabei unterstützen, ihre Interessen gegenüber EntscheidungsträgerInnen im Gemeinwesen zu vertreten (§ 11 SGB VIII, §47a SächsGemO).

Die hier vorgelegten Ergebnisse sollen als Grundlage für einen weiterführenden Austausch dienen, in dessen Rahmen die Unterstützungsmöglichkeiten der „Partnerschaften für Demokratie“ bekannter gemacht und auf die lokalen Gegebenheiten angewendet werden sollen.

Wir bedanken uns bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Studie und freuen uns auf einen fortlaufend regen und anregenden Dialog. Für die Unterstützung in der Vorbereitung möchten wir unseren Dank an das Landratsamt Bautzen, insbesondere an den Landrat Herrn Michael Harig und Herrn Tobias Schilling aussprechen. Weiterhin bedanken wir uns an dieser Stelle bei Dr. Stephan Hein (TU Dresden) und Tobias Heller für die wissenschaftliche Expertise und die moderierende Begleitung bei der Konzeption und der Umsetzung des Befragungsprojektes.



Friederike Beese
Kordinatorin der externen Koordinierungs- und Fachstelle
Partnerschaften für Demokratie im Landkreis Bautzen

1 Einleitung

1.1 Der Arbeitsrahmen des Programms und der Hintergrund der Befragung

Das Bundesprogramm „Partnerschaften für Demokratie“ hat eine vergleichsweise große thematische Freiheit in der Ausgestaltung ihrer geförderten Aufgaben. Diese Freiheit ist ein Spiegel für die Vielfalt und Vielschichtigkeit der mit dem Thema „Demokratie“ verbundenen gesellschaftlichen Herausforderungen. Diesen Umstand hier eingangs zu erwähnen ist deshalb wichtig, damit die weit gefassten Vorgaben des Fördermittelgebers zu Inhalten und Formen der Arbeit des Programms nicht etwa als Strukturlosigkeit gewertet werden. Die eigene, als „Stärkung der Demokratie“ bestimmte Programmatik ist bewusst sehr allgemein und zugleich distanziert von den konkreten Arbeitsaufgaben und Perspektiven anderer, für das gesellschaftspolitische Leben zentraler Einrichtungen formuliert. Es gehört zum Zuschnitt und Selbstverständnis des Programms, thematisch geeignete und an den Prämissen und Bedürfnissen verschiedenster gesellschaftlicher Arbeitsfelder orientierte Formen zu finden, um damit möglichst viele Bevölkerungsschichten, aber auch Organisationen und Einrichtungen anzusprechen und auch um mögliche Synergien nutzbar zu machen.

Auf dieser allgemeinen Ebene gibt es dennoch einen eindeutigen und sicheren Rahmen: das Grundgesetz der BRD. Dieser Rahmen kann weder durch persönliche Interessen und Befindlichkeiten, noch etwa durch aktuelle gesellschaftspolitische Herausforderungen variiert werden. So wenig das Grundgesetz als Arbeitsrahmen seinen Charakter als Kompromiss, Appell und begrenzende gesetzliche Rechtsgrundlage durch bloße Bekenntnisse zur Demokratie gewinnt, so wenig ist das Ziel dieses Programms das bloße Abfragen moralisch aufgeladener Bekenntnisse zur freiheitlich demokratischen Grundordnung. Dieser Rahmen und dieses Selbstverständnis bestimmen auch das Zustandekommen und den Zuschnitt der hier vorgelegten Untersuchung.

1.2 Ausgangspunkte und Fragestellungen

In der Phase der inhaltlichen Diskussion und konzeptionellen Klärung wurde, neben einer Reihe von Gesprächen mit den MitarbeiterInnen der Koordinierungsstelle des Programms im Landkreis Bautzen ein Leitfadenterview durchgeführt. Auf der Grundlage der so gewonnenen Ideen und Problemstellungen wurden eine Reihe von Fragen ausgewählt und für die hier vorgelegte Untersuchung methodisch aufbereitet. Entsprechende Konkretisierungen ergaben sich v.a. aus dem zentralen Arbeitsauftrag zur Förderung der Zusammenarbeit von Einrichtungen gemeinwesenbezogener Arbeit.

Folgende, zunächst allgemein formulierte Fragen, wurden in einem weiteren Schritt in einem Fragebogen entsprechend operationalisiert:

(1.) welche(s) sind mit Bezug auf Demokratieförderung tragende Strukturen im Gemeinwesen und entsprechend ansprechbare AkteurInnen, mit denen das Programm Kooperationsformen auf- und ausbauen kann? D.h. wer kommt für eine solche Zusammenarbeit infrage und welche Formen eignen sich hierfür? Für den Träger des Programms „Partnerschaften für Demokratie“ stellt sich deshalb auch die praktische Frage

(2.) wie sich das Programm als Ansprechpartner für regionale, in die Gemeinwesen hinein wirkenden Einrichtungen besser sichtbar und damit ansprechbar machen kann. Auch dies setzt voraus, etwas über die Prämissen und Arbeitsweisen potentieller KooperationspartnerInnen zu wissen, um entsprechende Angebote machen zu können. Das Kooperationsverständnis ist ein offenes und damit dezentrales, d.h. entsprechende Initiativen sollen langfristig nicht einfach nur vom Träger des Programms ausgehen.

(3.) stellt sich die Frage nach einer Einordnung von aus persönlichen Beobachtungen gewonnenen Thesen zu gegenwärtigen, von als „Verrohung“ erlebten Veränderungen im Kommunikationsverhalten in der Bevölkerung. Diese Veränderungen wurden häufig umschrieben mit „Der Ton wird zunehmend rauher“ ; „Es scheinen sich Situationen aufzuheizen“ ; „Bestimmte Sachverhalte könnten Hinweise auf bevorstehende gewalttätige Eskalationen / Übergriffe sein“ , „Verschwörungstheorien nehmen immer mehr zu“. Der mit einer solchen Einordnung angestrebte praktische Gewinn besteht in Anhaltspunkten zu Arbeits(mehr-)belastungen oder in Hinweisen auf Veränderungen in der Ansprechbarkeit von Bevölkerungsgruppen.

Diesen Fragen (u. a. auf der Grundlage der Befragungsergebnisse) dann auch direkt im persönlichen Gespräch nachzugehen, ist Aufgabe des Programms. Beim Auf- und Ausbau von Kooperationsbeziehungen wird es darauf nicht verzichten können. Für die Konzeption dieser Befragung erwies sich ein standardisiertes Verfahren mittels eines online-Fragebogens als sinnvoll. Zum einen, weil damit bei künftigen Befragungen die Möglichkeit der Vergleichbarkeit mit anderen Landkreisen sichergestellt werden soll, zum anderen aufgrund zeitlicher und sachlicher Beschränkungen, die eine vertiefende Untersuchung der o.g. Fragen nicht zuließen. Auch wenn die in den letzten Jahren ungemein gestiegene Popularität von online-Befragungen nachhaltig zu einer Senkung der Befragungsbereitschaft in der Bevölkerung geführt hat,¹ hofften wir, dass das Thema insbesondere bei beruflich und fachlich erfahrenen, mit gemeinwesenbezogener Arbeit betrauten Personen hinreichend Motivationskraft besitzen würde. Wir bemühten uns zudem, die Teilnahmebereitschaft durch einen nicht zu umfangreichen Fragebogen zu erhöhen.²

Inhaltlich besteht der Fragebogen aus verschiedenen thematischen Komponenten. Wir baten um allgemeine Einschätzungen zur gesellschaftspolitischen Situation der Gemeinden, zu Zukunftsperspektiven, zur Jugend, aber auch zu gegenwärtig medial besonders prominenten Themen der Gewalt (insbesondere gegen KommunalpolitikerInnen) und zu Verschwörungstheorien. Es soll hier betont werden, dass das Ziel der Befragung nicht in der Erhebung persönlicher politischer Einstellungen, sondern der mit den jeweiligen Arbeitsfeldern verbundenen Perspektiven besteht.

¹ Bei Onlinebefragungen gilt ein Rücklauf von 10–15 % bereits als hoch.

² Wir hielten eine Bearbeitungszeit von einer halben Stunde für vertretbar.

1.3 Die befragten Gruppen

Insgesamt wurden stellvertretend für verschiedene gemeinwesenbezogene Arbeitsfelder drei Gruppen befragt: Die BürgermeisterInnen, VertreterInnen der Freiwilligen Feuerwehren und VertreterInnen aus Einrichtungen der Jugendarbeit des Landkreises Bautzen.

Grundidee zur Befragung der BürgermeisterInnen im Landkreis Bautzen war es, dass diese eine Personengruppe darstellen, die hinsichtlich gesellschaftspolitischer Fragen, d.h. solchen, die über den Rahmen des Gemeindelebens weit hinausgehen, für die Bevölkerung eine der wenigen direkten AnsprechpartnerInnen sind. Dieser Gedanke wurde uns auch in der Befragung bestätigt:

„Als Bürgermeister ist man für den Großteil der Bevölkerung der einzige „greifbare“ Ansprechpartner ... auch für die globalen, europäischen, bund- und landbezogenen Aufgaben und Fragen.“³

Auch schien uns das mit dem kommunalpolitischen Amt verbundene politische Neutralitätsgebot ein wichtiger Indikator für den Einbezug aller politischen, aber auch anderweitigen gesellschaftlichen Perspektiven zu sein. Wir gehen deshalb davon aus, dass die Perspektiven der BürgermeisterInnen viel stärker von der Resonanz mit langfristigen Fragen und Problemen der Bevölkerung geprägt sind, als dies bei anderen gesellschaftspolitischen AkteurInnen der Fall ist.

Die Freiwilligen Feuerwehren wurden deshalb in die Befragung einbezogen, weil diese insbesondere im ländlichen Raum eine der wenigen auch längerfristig stabilen Einrichtungen mit Gemeinwesenbezug darstellen. Dieser Bezug geht über die Fragen des Brandschutzes weit hinaus und schließt – insbesondere mit Blick auf junge Menschen – Aspekte der Freizeitgestaltung, der beruflichen Orientierung, der Sozialisation, aber auch des Gemeinschaftslebens mit ein.

Als dritte Gruppe bezogen wir die Einrichtungen der Jugendarbeit (die überwiegend auf der Grundlage von §11 SGB VIII arbeiten) sowie Einrichtungen der Landeskriechen mit ein. Dies ergab sich aus dem Gedanken, dass insbesondere durch den niedrigschwelligen Charakter dieser Einrichtungen (z. B. als „offene Treffs“) ein direkterer Gemeinwesenbezug besteht, als dies bei anderen Einrichtungen insbesondere der Jugendhilfe der Fall ist, wo es vordergründig um die Bearbeitung von individuellen Bedürfnissen geht.

1.4 Beteiligung

Insgesamt wurden alle 58 BürgermeisterInnen des LK Bautzen, 53 Freiwillige Feuerwehren und 27 Einrichtungen der Jugendarbeit angeschrieben und um Teilnahme gebeten. Um die Motivation zur Beteiligung zu erhöhen, wurden die BürgermeisterInnen über diese Befragung und Ihren Hintergrund durch ein Schreiben vom Landratsamt Bautzen informiert. Zugleich gab es jederzeit die Möglichkeit, sich persönlich per Mail oder telefonisch über die Befragung zu informieren. Insgesamt zeigt sich die Tendenz, dass die Teilnahme, wenn sie abgebrochen wurde, zu einem relativ frühen Zeitpunkt abgebrochen wurde, so dass wir

³ Aussage BürgermeisterIn.

davon ausgehen, dass dies weniger mit dem Fragebogen, als mit der generellen Teilnahmebereitschaft oder den zeitlichen Ressourcen zu tun hat.

Zunächst kann man auf rein prozentualer Ebene bei den BürgermeisterInnen und den SozialarbeiterInnen von einer überdurchschnittlich hohen Beteiligung sprechen (vgl. Tab. 1.1), für die wir uns an dieser Stelle auch noch einmal explizit bedanken möchten. Besonders vor dem Hintergrund der durch Covid-19 sehr angespannten und belastenden Lage war dies weder zu erwarten noch selbstverständlich. Auf der anderen Seite muss man sich die Frage nach (anderen) Ursachen für Nichtbeteiligung stellen. Insbesondere bei den BürgermeisterInnen nimmt sich die auf den ersten Blick hohe Beteiligung durch den hohen Anteil an Abbrüchen doch relativ gering aus. Offenbar konnte die Befragung – neben den vielleicht praktischen Gründen der Nichtbeteiligung – nicht genug Interesse oder Plausibilität generieren.⁴

hohe Beteiligung

Im Gegensatz dazu haben wir bei den Einrichtungen der Jugendarbeit nahezu den Zustand einer Vollerhebung erreichen können. Die Ursache hierfür ist sicher auch darin zu sehen, dass das Netzwerk für Kinder- und Jugendarbeit e.V. seit nunmehr 30 Jahren fester Ansprechpartner in der Region ist, die InitiatorInnen der Befragung teilweise auch persönlich bekannt sind.

Die Beteiligung bei den VertreterInnen der Freiwilligen Feuerwehren fiel leider sehr gering aus, so dass diese nicht in einen systematischen Vergleich mit einbezogen werden konnten. Wo immer dies uns sachlich angemessen schien, haben wir jedoch die Angaben der VertreterInnen der Freiwilligen Feuerwehren berücksichtigt. Eine mögliche Ursache für die vergleichsweise geringe Beteiligung mag darin gelegen haben, dass (evtl. auch wegen des ehrenamtlichen Charakters) nicht immer klar war, wer sich persönlich von dieser Befragung angesprochen fühlen, wer für die Beantwortung „zuständig“ sein sollte.⁵

	BürgermeisterInnen	Feuerwehrleute	SozialarbeiterInnen
Anzahl	56	53	27
keine Beteiligung	22	36	2
Beteiligung abgebrochen	15	9	3
Beteiligung absolut	19	8	22
Beteiligung absolut in %	33 %	15 %	81 %

Tabelle 1.1: Beteiligung nach Befragtengruppen

Über die formalen Aspekte der Beteiligung hinaus kann man festhalten, dass die Befragung bei denen, die daran teilgenommen haben, ein breites Spektrum hinsichtlich fachlicher Interessen, aber auch persönlicher Befindlichkeiten angesprochen hat. So haben einige TeilnehmerInnen insbesondere die offenen Fragen tatsächlich als Einladung aufgefasst, Probleme und Themen zu konkretisieren. Einige TeilnehmerInnen empfanden die Fragen als zu direkt und zu persönlich, wiederum andere brachten zum Ausdruck, dass bestimmte Fragen durchaus direkter hätten formuliert werden können.

⁴ Dafür spricht auch der Umstand, dass diejenigen, die die Befragung abgebrochen haben, dies mehrheitlich zu einem frühen Zeitpunkt der Befragung taten.

⁵ Dieses Problem gab es bei den BürgermeisterInnen und den Einrichtungen der Jugendarbeit nicht.

	BürgermeisterInnen	Soz'arbeiterInnen	Feuerwehrleute
Interesse	15	15	7
kein Interesse	3	7	1

Tabelle 1.2: Interesse an den Befragungsergebnissen
(in absoluten Zahlen)

Auch brachten alle Befragtengruppen mehrheitlich ihr Interesse an den Ergebnissen der Studie zum Ausdruck (siehe Tab. 1.2).

1.5 Zum Charakter der getroffenen Aussagen

Ziel der Befragung war es, Themen und Fragen zu identifizieren, deren Klärung und Diskussion Beiträge zum Beginn von oder zur Verbesserung bestehender Zusammenarbeit verschiedener Einrichtungen auf der Ebene gemeinwesenbezogener Aktivitäten sein können. Wichtig ist es hier deshalb auch, auf eine Einschränkung sowohl hinsichtlich der wissenschaftlichen als auch der politischen sowie der medialen Verwertbarkeit der hier präsentierten Ergebnisse hinzuweisen. Aufgrund des zahlenmäßig geringen Umfanges eignen sich die Ergebnisse zu keiner statistischen Auswertung im engeren Sinne. Weder können noch sollen hier verallgemeinerte Aussagen über die Perspektiven der Befragten, noch über die Bevölkerung des LK Bautzen gemacht werden. Dieser Bericht versteht sich daher in keiner Weise als Alternative zu anderen Befragungen auf kommunalpolitischer Ebene (etwa zum Bürgermeisterbarometer o.ä.). Auch verfolgt dieser Bericht an keiner Stelle politische Ziele, sondern hat einzig den Zweck, als Arbeitspapier Anhaltspunkte und thematische Schwerpunkte für eine verbesserte Zusammenarbeit des Programms mit Einrichtungen gemeinwesenbezogener Arbeit zu liefern und er versteht sich deshalb auch als eine diesbezügliche Einladung an die befragten TeilnehmerInnen.

keine
allgemeingültigen
Aussagen, sondern
Identifikation von
Themen

2 Jugend und Jugendarbeit

Junge Menschen sind für alle hier angesprochenen Gruppen sowie für das Netzwerk für Kinder- und Jugendarbeit e.V. eine wichtige gemeinsame Schnittmenge. Zugleich muss man aber auch von unterschiedlichen Perspektiven auf das Thema ausgehen, die sich aus den Zuschnitten der jeweiligen Arbeitsfelder ergeben. So macht es einen Unterschied, ob Jugend unter Gesichtspunkten der Bevölkerungsentwicklung (Politik, Verwaltung), unter lebenslaufbezogenen Aspekten (Jugendarbeit) oder unter den praktischen Gesichtspunkten einer anspruchsvollen und verantwortungsvollen Tätigkeit (Feuerwehr) betrachtet wird. Uns interessierte auf allgemeiner Ebene sowohl die Frage, ob Jugend für die BürgermeisterInnen ein besonderes Thema darstellt,¹ als auch, welche implizite pädagogische Perspektive auf Jugend bei allen drei Befragtengruppen eingenommen wird.

2.1 Jugend – ein Thema für BürgermeisterInnen?

Die Mehrheit der BürgermeisterInnen gaben an, dass das Thema Jugend in ihrer Arbeit einen sehr hohen Stellenwert einnimmt. Nur sehr wenige gaben an, dass das Thema Jugend für ihre Arbeit von nachrangiger (11 %) oder nur geringer (3 %) Bedeutung sei (siehe Tab. 2.1).

Stellenwert:	groß	nachrangig	klein	kein	weiß nicht
	85 %	11 %	3 %	0 %	0 %

Tabelle 2.1: Stellenwert des Themas „Jugend“ im Rahmen der Arbeit als BürgermeisterIn

Auch wurde das Thema Jugend als mit kleineren (65 %) und größeren (30 %) Herausforderungen hinsichtlich der künftigen Entwicklung der Gemeinden benannt (siehe Kap. 4, Abb. 4.1). Insbesondere den Rückmeldungen auf die offenen Fragen ist zu entnehmen, dass die Relevanz des Themas v.a. in den ländlichen Gebieten häufig durch die Abwanderung junger Menschen und / oder den Rückgang diesbezüglicher öffentlicher Strukturen bestimmt ist. Ein großes Problem mit der Jugend ist schlicht, dass sie oftmals fehlt:

„Wenn ich hier wieder Jugendlicher wäre, würde ich hier nur viele andere Jugendliche vermissen, da die Einwohnerzahlen auch in diesem Bereich gesunken sind.“²

Abwanderung und
Rückgang öffentlicher
Strukturen

¹ Dies ist eine Frage, die sich bei der Jugendarbeit und der Freiwilligen Feuerwehr selbstredend nicht stellt.

² Aussage BürgermeisterIn.

Auch wenn gesehen wird, dass sich das Thema Jugend nicht in der Summe verfügbarer jugendspezifischer Angebote erschöpft, man Orte und Gelegenheiten braucht, wo man „nicht gegängelt“ wird, so wird das Thema Jugend in erster Linie als Frage jugendspezifischer Angebote betrachtet – eine für die Arbeitsfelder von BürgermeisterInnen plausible Perspektive.

Aufschlussreich in anderer Hinsicht wiederum ist, dass das Thema Jugend keines ist, für das die BürgermeisterInnen einen gesonderten Unterstützungsbedarf aus der Bevölkerung reklamieren (siehe Kap. 3). Die Ursachen hierfür liegen u.E. darin begründet, dass Jugend einerseits oft mit Freizeithemen assoziiert ist, andererseits sie mit der Jugendarbeit durch eine gesonderte Zuständigkeit gekennzeichnet wird (s.u.).

2.2 Implizite pädagogische Perspektiven

Insbesondere bei den SozialarbeiterInnen war auffällig, dass sie den Unterstützungsbedarf der Jugend mehrheitlich in Kriterien ihrer Mitgliedschaft in oder des Zugangs zu Organisationen (der Jugendarbeit) auffassen.³

Im Zusammenhang des Jugend-Themas interessierte uns daher besonders, welche pädagogische Perspektiven BürgermeisterInnen, VertreterInnen der Freiwilligen Feuerwehren und SozialarbeiterInnen auf junge Menschen im engeren Sinne haben, denn auch das gibt Aufschlüsse darüber, wo man die „Zuständigkeit“ für Jugendthemen verortet. Wir stellten daher die Frage, welche ideellen Werte und Fähigkeiten für junge Menschen unter den Gesichtspunkten gegenwärtiger Herausforderungen am wichtigsten sind. Wir baten die Befragten, aus einer Liste vorgegebener Items drei besonders plausible auszuwählen. Zu unserer Überraschung hat sich hier eine hohe Übereinstimmung zwischen BürgermeisterInnen und SozialarbeiterInnen ergeben.

So wird die Beteiligung Jugendlicher an politischen Prozessen scheinbar nur sehr selten als ein für die persönliche Entwicklung bedeutungsvolles Thema angesehen (siehe Abb. 2.1). Das ist besonders bemerkenswert, als doch immer wieder von der Bedeutsamkeit von Demokratieerziehung und -bildung ausgegangen, entsprechende Programme mit Blick auf aktuelle gesellschaftspolitische Diskurse legitimiert werden. So geht man angesichts des hohen Anteils junger Menschen in gesellschaftlichen Randlagen bei diesen häufig von einer entsprechenden Empfänglichkeit etwa für extremistisches Gedankengut aus, dem entsprechend mit Bildungsangeboten entgegengewirkt werden müsse. Dieses Thema berührt im weiteren auch die häufig anzutreffende Indifferenz junger Menschen gegenüber Politik im Allgemeinen, die häufig auch ein Ausdruck davon ist, dass man noch nicht in allen Belangen Verantwortung für seine Lebensentscheidungen oder Entscheidungen, die auch andere betreffen, tragen muss.

Weiterhin aufschlussreich ist der Umstand, dass bestimmte, eher traditionell anmutende Tugenden (z. B. „Disziplin“, siehe Abb. 2.1) bei den BürgermeisterInnen und den SozialarbeiterInnen kein Thema zu sein scheinen. Das mag auf den ersten Blick daran liegen, dass bestimmte Themen sozial besonders positiv bewertet werden, etwa Freiräume zur persönlichen Entwicklung und das eigenständige Sammeln von Erfahrungen. Ebenso plausibel

Einbezug in politische Prozesse kein Thema

³ Dies geht insbesondere aus den Reaktionen auf die offenen Fragen hervor.

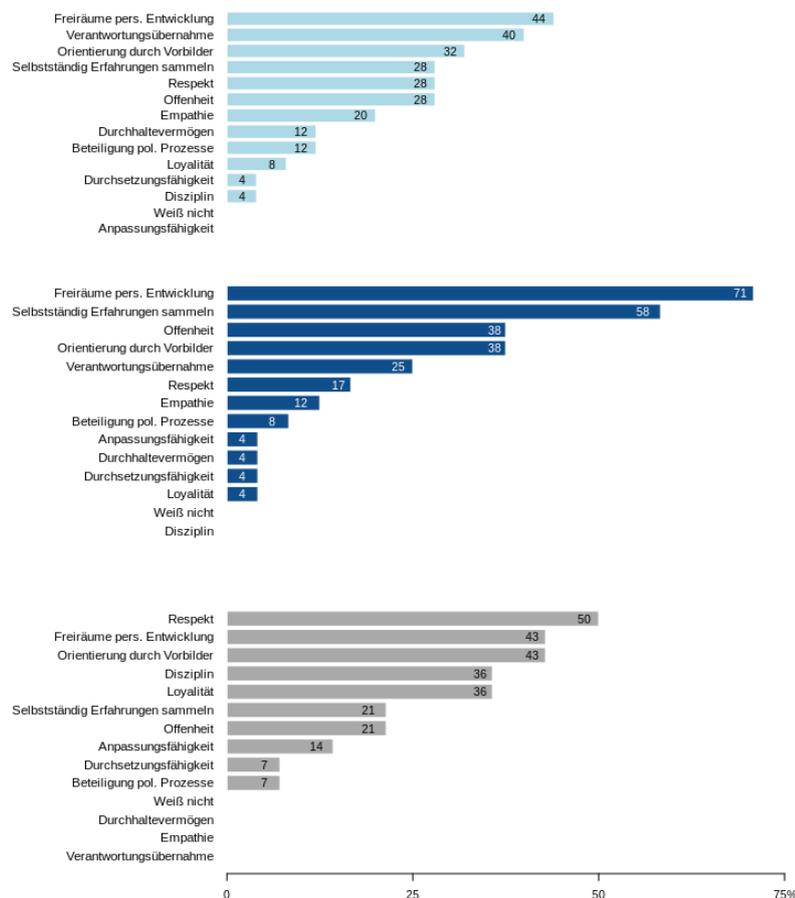


Abbildung 2.1: Jugend, Werte und Fähigkeiten aus Sicht der BürgermeisterInnen (oben), der SozialarbeiterInnen (mitte) und der Feuerwehrleute (unten)

scheint uns die Übereinstimmung von BürgermeisterInnen und SozialarbeiterInnen daher zu rühren, dass erstere hier einen eher sozialpädagogischen Rahmen und damit eine andere „Zuständigkeit“ antizipieren. Das wird mit Blick auf die Antworten der VertreterInnen der Freiwilligen Feuerwehren verständlicher. Rangieren Loyalität, Durchhaltevermögen, Anpassungsfähigkeit und Disziplin bei den BürgermeisterInnen und den SozialarbeiterInnen auf den hinteren Plätzen, scheinen die VertreterInnen der Freiwilligen Feuerwehren diese sehr vordergründig als wichtig ansehen. Es ist naheliegend, dass dies etwas damit zu tun hat, dass die VertreterInnen der Freiwilligen Feuerwehren dies stärker aus der praktischen Perspektive ihrer Tätigkeit betrachten. Das deckt sich auch mit dem Umstand, dass die Freiwilligen Feuerwehren Programme zum Einbezug junger Menschen haben und sich konkrete erzieherische Fragen durch den Sachbezug der Tätigkeit viel unmittelbarer stellen. Zugleich werden diese Tätigkeiten aber in einem größeren Lebenszusammenhang betrachtet, wie dies in folgender Anmerkung zum Ausdruck gelangt:

„Die Freunde sollten neben Fußball, Kirche und Co. durchaus in die Feuerwehr kommen. Jedes allein für sich ist für einen jungen Menschen wichtig, aber erst die Mischung mit der daraus resultierenden Erfahrung lässt einen Weitblick zu, den ein junger Mensch mehr denn je benötigt und man auch lernt in einer Ich-Gesellschaft sich in einem Team mit unterschiedlichen Interessen zu

behaupten und zu ordnen.“⁴

Jugend wird hier als Problem komplexer Erfahrungsbildung aufgefasst, die nur in einer entsprechend komplexen sozialen Umwelt mit Widersprüchen („Ich-Gesellschaft“ und Notwendigkeit zur Kooperation), mit Freiräumen aber auch mit Einschränkungen und Verpflichtungen realisiert werden kann.

⁴ Aussage eines Mitglieds der Freiwilligen Feuerwehr.

3 Kooperationen und Unterstützung

Ein zentrales, die Befragung übergreifendes Thema ist die Zusammenarbeit mit verschiedenen Einrichtungen gemeinwesenbezogener Arbeit. So sollte herausgefunden werden, ob sich in den jeweiligen Feldern Ansatzpunkte für die Formulierung neuer Formen des Austausches, aber auch der Gestaltung konkreter Angebote finden lassen. Es ist der Befragungsforschung geschuldet, dass dies nur sehr allgemein und holzschnittartig erfolgen konnte. Dennoch bemühten wir uns, die jeweiligen Perspektiven auf Zusammenarbeit in Rechnung zu stellen. So fragten wir die BürgermeisterInnen, woher sie Unterstützung erhalten (siehe Tabelle 3.1). Deutlich ist die erwartbare Dominanz der Kategorie des Ehrenamtes. Auch sind Personen aus Kirchgemeinden, örtliche Kulturschaffende sowie Unternehmen wichtige Ressourcen der Unterstützung. Ebenso interessant und wichtig ist aber auch die scheinbar nachrangige Relevanz von Praktika. Unabhängig davon, welche pragmatischen Gründe dies haben mag (etwa im zusätzlich zu den ohnehin bestehenden Aufgaben zu leistenden Betreuungsaufwand) ist es doch zumindest vorstellbar, dass Praktika in der Gemeindeverwaltung eine wichtige Ressource für die politische Erfahrungsbildung junger Menschen sein kann.

Bedeutung des Ehrenamtes

Praktika als Ressource politischer Erfahrungsbildung

Ehrenamtliche	PraktikantInnen	örtliche Kulturschaffende
75 %	15 %	25 %
Personen aus Kirchgemeinden	örtliche UnternehmerInnen	
30 %	35 %	

Tabelle 3.1: Woher erhalten BürgermeisterInnen Unterstützung?

Vor dem Hintergrund der Herausforderungen künftiger gemeindepolitischer Arbeit (siehe Kap. 4) und der knappen zeitlichen wie sachlichen Ressourcen (siehe Kap. 7) zielten weitere Fragen darauf ab herauszufinden, für welche Bereiche sich die BürgermeisterInnen mehr Unterstützung aus der Bevölkerung wünschen würden (vgl. Abb. 3.1). Bemerkenswertes Ergebnis ist, dass man sich nur für sehr wenige Bereiche eine entsprechende Unterstützung vorstellen kann (nämlich bei Freizeitangeboten: 40 % gaben dies an). Hinzu kommt, dass der Wunsch nach Unterstützung offenbar in keinem ersichtlichen Zusammenhang zu den zeitlichen Ressourcen der BürgermeisterInnen steht. Das Thema „Jugend“ scheint, entgegen der von den BürgermeisterInnen benannten Wichtigkeit, zwar eines zu sein, für das man sich gelegentlich mehr Zeit, aber keine anderweitige Unterstützung wünschen würde. Die Themen der Gesundheitsversorgung, der Integration von MigrantInnen sowie die

Kein besonderer Unterstützungsbedarf für das Thema „Jugend“

Situation der Familien scheinen bei den TeilnehmerInnen weder die zeitlichen Budgets zu belasten noch wird ein entsprechender Unterstützungsbedarf artikuliert. Bei all dem muss allerdings berücksichtigt werden, dass es dabei auch um Kompetenzbereiche geht, für die sich zunächst die Frage stellt, was in andere Hände überhaupt delegiert werden darf.

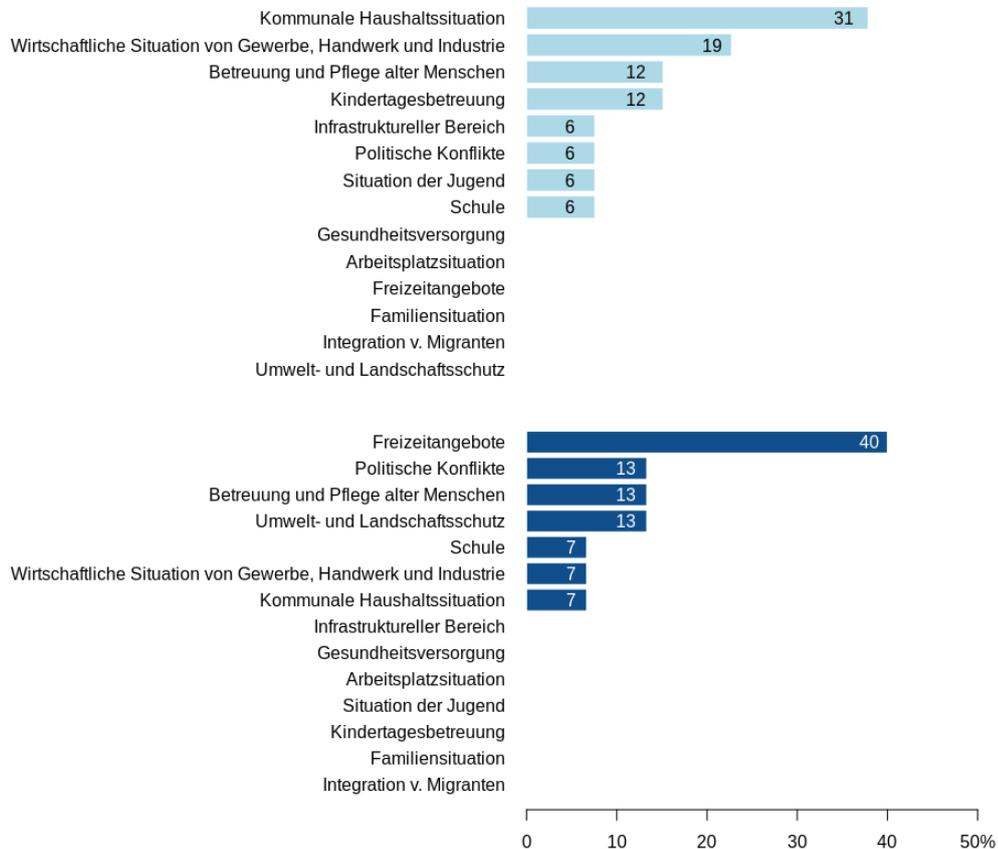


Abbildung 3.1: Bedarf von BürgermeisterInnen nach mehr Zeit (oben) und nach Unterstützung aus der Bevölkerung (unten)

Unserer Ansicht nach dokumentiert dieser Befund nicht etwa den Umstand, dass die Arbeit von BürgermeisterInnen und der Gemeindeverwaltung keiner Unterstützung bedürfen, als vielmehr eine Schwierigkeit, sich konkrete Formen der Unterstützung vorzustellen bzw. einen konkreten Bedarf zu formulieren.

Unklarheit hinsichtlich möglicher Unterstützungsformen

Auch die Einrichtungen der Jugendarbeit wurden hinsichtlich ihrer Unterstützung durch die Bevölkerung befragt (vgl. Tab. 3.2). Nicht überraschend ist auch hier der Befund der umfassenden Bedeutung ehrenamtlichen Engagements. Der im Vergleich zu den BürgermeisterInnen höhere Anteil an PraktikantInnen ist dabei sicher ein Ausdruck der größeren thematischen Nähe sozialer Arbeit zu jugendbezogenen Themen, aber auch der Verfügbarkeit entsprechender institutioneller Formen (FSJ, BFD, Praktika der Hochschulen für Soziale Arbeit).

geringe Bedeutung von Einrichtungen berufl. Bildung, kommerziellen Freizeiteinrichtungen und der Polizei

Bei den Einrichtungen der Jugendarbeit interessierte uns zudem die Häufigkeit der Zusammenarbeit auf der Ebene der Kategorien von Einrichtungen. Bemerkenswertes Ergebnis ist hier, dass Einrichtungen beruflicher Bildung, regionale kommerzielle Freizeiteinrichtungen

Ehrenamtliche	PraktikantInnen	örtliche Kulturschaffende
95 %	41 %	32 %
Personen aus Kirchgemeinden	örtliche UnternehmerInnen	
23 %	41 %	

Tabelle 3.2: Woher erhält die Jugendarbeit Unterstützung?

und die Polizei hierbei so gut wie keine Rolle spielen (siehe Abb. 3.2). Dabei muss der Umstand in Rechnung gestellt werden, dass die Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit möglicherweise nicht niedrigschwellig genug sind bzw. sehr schnell den Fokus von Problemzuschreibungen bekommen würden (berufl. Bildung: Arbeitslosigkeit, Polizei: Kriminalität). Umgekehrt ist auffällig, dass sehr häufig Kooperationen mit der Freiwilligen Feuerwehr angegeben werden,¹ was sicher ein Ausdruck für einen relativ niedrigschwelligen Zugang ist, der durch Anschaulichkeit, lebenspraktische Nähe und regionale Sichtbarkeit gegeben scheint. Interessant ist auch, dass von der überwiegenden Mehrheit der SozialarbeiterInnen Kooperationen mit der Gemeindeverwaltung angegeben werden, dies sich jedoch nicht in der Perspektive der BürgermeisterInnen zu spiegeln scheint. Dies muss jedoch nicht unbedingt die obige Vermutung einer „Zuständigkeitsperspektive“ auf Seiten der BürgermeisterInnen bestätigen, sondern kann v.a. darauf zurückzuführen sein, dass der Kontakt über die MitarbeiterInnen und Ausschüsse der Gemeindeverwaltung zustandekommt.

häufige Kooperationen mit Freiwilligen Feuerwehren und umfassende Kooperationen mit Gemeindeverwaltungen

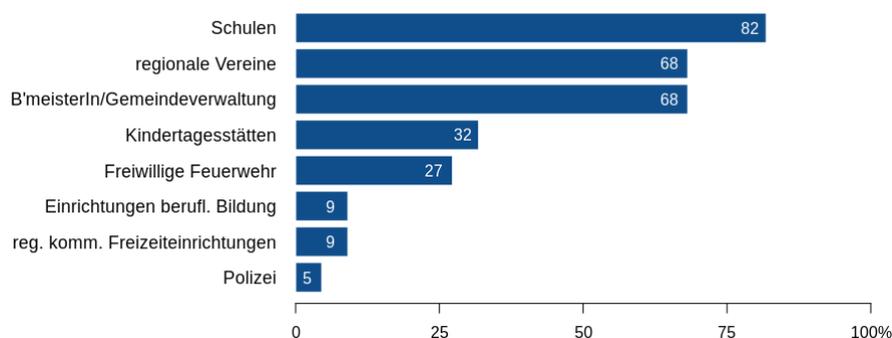


Abbildung 3.2: Zusammenarbeit von Einrichtungen der Jugendarbeit mit anderen Einrichtungen

Insgesamt weisen die Angaben zu Schulen, regionalen Vereinen und Gemeindeverwaltungen auf einen diesbezüglich hohen Vernetzungsgrad der Jugendarbeit hin.² Zugleich weist aber ein Großteil der befragten Jugendeinrichtungen auf eine mangelnde Ausstattung für

¹ Die Angaben der Freiwilligen Feuerwehren zur Unterstützung aus der Bevölkerung sind zu wenig aussagekräftig und können daher nicht weiter berücksichtigt werden

² Ob der Umfang an Kooperationen in einem Zusammenhang mit den Zukunftsperspektiven der Einrichtungen steht, kann anhand der Datenlage nicht bestimmt werden. Immerhin geben ca. 40 % der Einrichtungen eine Unklarheit bzw. Unsicherheit bezüglich ihres Fortbestehens in den nächsten fünf Jahren an. Auch kann an dieser Stelle keine Aussage über einen möglichen Zusammenhang zwischen Zukunftsperspektive und TeilnehmerInnenauslastung gemacht werden.

Mangel an technischen
Ressourcen und
Kenntnissen

eine ansprechende Öffentlichkeitsarbeit hin (64 %), wobei hier häufig ein Mangel an technischen Ressourcen und Kenntnissen benannt wurde. Dieses Problem des Mangels an ausgebildeten Personen bzw. der Bereitstellung entsprechender Lehrgänge findet sich auch bei den Feuerwehren.

4 Einschätzungen zu Veränderungen im Gemeinwesen und ihre Auswirkungen

Die Frage nach kooperativer Gestaltung setzt ein wechselseitiges Verständnis jeweiliger zeitlicher Perspektiven voraus, die sowohl innerhalb als auch zwischen den befragten Gruppen variieren können. So ist die Förderung und Unterstützung der Arbeit an demokratiebezogenen Strukturen und Organisationen auf Langfristigkeit angelegt. Die Perspektiven von Gemeindeverwaltungen (nimmt man die Beständigkeit von Verwaltung einmal aus der Betrachtung heraus) und Einrichtungen mit Gemeinwesenbezug hingegen sind dies durch deren Abhängigkeit von Förderprogrammen und -mitteln nicht unbedingt. So bestehen auf verschiedenen Ebenen Diskrepanzen zwischen der Langfristigkeit von Zielen und den Nöten kurz- oder mittelfristiger Finanzierung. Dies und auch die damit verbundenen Erfordernisse der Bewertung des Erreichens von Förderzielen haben möglicherweise Auswirkungen auf die inhaltliche Formulierung konkreter Ziele dieser Zusammenarbeit. Die finanzielle Abhängigkeit und die Kritik an der Ineffizienz bürokratischer Verfahren ist nichts Neues und weit verbreitet und spiegelt sich auch vielfach in den Anmerkungen der Befragten. So nutzten auch einige VertreterInnen der Freiwilligen Feuerwehren und SozialarbeiterInnen die Gelegenheit, ihren Unmut hinsichtlich Unterfinanzierung und fehlender Anerkennung ehrenamtlicher und hauptberuflicher Tätigkeiten zu kommunizieren. Um die Fragestellung jedoch nicht einseitig von diesen Themen (und damit von der Kurzfristigkeit unmittelbarer Probleme) dominieren zu lassen, haben wir alle Gruppen deshalb nach Ihren Einschätzungen hinsichtlich künftiger und langfristiger Veränderungen in den Gemeinden und Einrichtungen sowie hinsichtlich des Umfangs ihrer Auswirkungen befragt.

Diskrepanz zwischen
Lang- und
Kurzfristigkeit

Finanzielle
Abhängigkeit und
Bürokratismus

4.1 Einschätzungen zur Zukunft von Gemeinden

So baten wir alle Gruppen sich vorzustellen, ob und in welchem Umfang ihre jeweiligen Gemeinden in den kommenden Jahren durch Veränderungen gekennzeichnet sein werden.¹ Tabelle 4.1 gibt die Einschätzungen der BürgermeisterInnen und der SozialarbeiterInnen

¹ Hier sei nochmals darauf hingewiesen, dass sich die Angaben der Befragtengruppen nicht notwendigerweise auf die gleichen Gemeinden beziehen.

wieder. So gehen beide Befragtengruppen mehrheitlich von Veränderungen aus, einen Unterschied gibt es jedoch in der Gewichtung hinsichtlich des Ausmaßes.²

Auch fragten wir nach einer Einschätzung, wie sich diese Veränderungen auf die Mehrheit der Bevölkerung voraussichtlich auswirken werden (siehe Tab. 4.2). Mit aller Vorsicht kann man hier sagen, dass die antizipierten Veränderungen von den BürgermeisterInnen in ihren Auswirkungen eher positiv,³ von den SozialarbeiterInnen etwas häufiger negativ eingeordnet werden.⁴

insgesamt neutrale bis
eher positive
Einschätzung von
Veränderungen

	eher einschneidende Veränderungen	kleinere, aber spürbare Veränder.	keine relevanten Veränderungen
BürgermeisterInnen	43 %	52 %	5 %
SozialarbeiterInnen	22 %	57 %	22 %

Tabelle 4.1: Veränderungen in 10 Jahren

Insgesamt kann man jedoch sagen, dass bei beiden Gruppen eine insgesamt neutrale bis positive Einschätzung überwiegt und relativ wenige von eher negativen Auswirkungen überzeugt sind.

	Sehr pos.	eher pos.	neutral	eher neg.	sehr neg.
BürgermeisterInnen	0 %	78 %	11 %	11 %	0 %
SozialarbeiterInnen	5 %	32 %	41 %	23 %	0 %

Tabelle 4.2: Auswirkungen der Veränderungen in 10 Jahren

Desweiteren befragten wir die BürgermeisterInnen, in welchen Bereichen sie in den kommenden 10 Jahren die größten Herausforderungen gemeindepolitischer Gestaltung sehen würden (siehe Abb. 4.1).⁵ Neben zumeist ressortspezifischen Themen (Gesundheitsversorgung, Kindertagesbetreuung, Schulbildung etc.) fragten wir auch zu dazu quer liegenden, tagespolitisch aktuellen Themen wie Integration und politischen Konflikten. Die Themen „Umwelt- und Landschaftsschutz“, „Integration“, „Familiensituation“ und „Arbeitsplatzsituation“ scheinen mehrheitlich keine großen Herausforderungen darzustellen.

Ebenso bemerkenswert wie erwartbar ist die Aussage, dass die kommunale Haushaltssituation die wichtigste solcher Herausforderungen darstellt. Fast alle benannten hier große Herausforderungen. Eine etwas anders gelagerte als nur wirtschaftliche Wertigkeit bekommt

Dominanz der
kommunalen
Haushaltssituation

² Die VertreterInnen der Freiwilligen Feuerwehren, die hier aufgrund der nur geringen Teilnahme nicht systematisch berücksichtigt werden können, gingen mehrheitlich von großen und einschneidenden Veränderungen aus, die sich aber mehrheitlich neutral auswirken würden.

³ Die deutliche Häufung bei „eher positiv“ ist möglicherweise ein Ausdruck dafür, dass man für die Veränderungen als verantwortlich angesehen wird.

⁴ Aufgrund der geringen Teilnehmerzahlen bei den VertreterInnen der Freiwilligen Feuerwehren kann hier leider nicht der interessanten Frage nachgegangen werden, ob ggf. in Abhängigkeit der Befragtengruppen größere Veränderungen evtl. tendentiell positiv, kleine Veränderungen hingegen tendentiell negativ eingestuft werden.

⁵ Die Antwortvorgaben (siehe Legende in Abb. 4.1) sind u.E. nach nicht unbedingt als gleichgewichtig zu betrachten. So ist es unter Gesichtspunkten der Aufmerksamkeit naheliegend, eher viele kleinere als nur wenige große Herausforderungen zu sehen.

diese Aussage im Zusammenhang mit dem Befund in Kap. 3 (Kooperationen), nachdem die kommunale Haushaltsituation für einen nicht unerheblichen Teil negative Auswirkungen auf das Zeitbudget der BürgermeisterInnen zu haben scheint. Diese Einschätzung wird auch durch die Angaben in Kap. 7 (Veränderungen in den Arbeitsfeldern) gestützt, nach denen BürgermeisterInnen häufig mit unvorhergesehenen Arbeitsaufgaben konfrontiert sind.

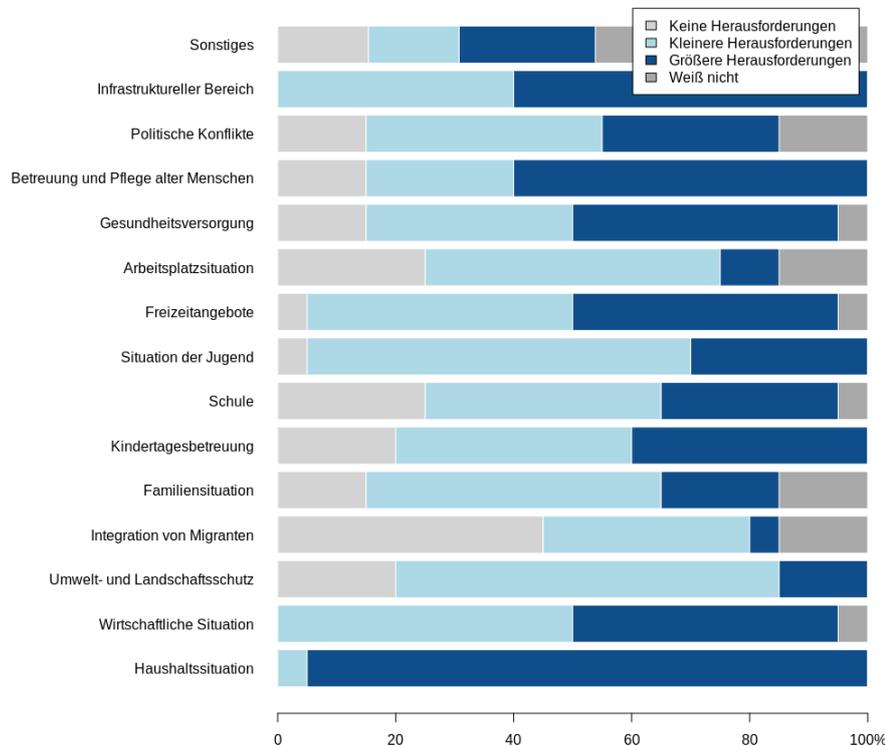


Abbildung 4.1: Herausforderungen für BürgermeisterInnen nach Bereichen

Nicht ganz so stark, aber dennoch mehrheitlich werden der infrastrukturelle Bereich sowie die Betreuung und Pflege alter Menschen als große Herausforderung angesehen. Für die Zwecke der Befragung besonders aufschlussreich ist, dass – wenn auch nicht mehrheitlich – auch das Thema der politischen Konflikte durchaus als eine große Herausforderung angesehen wird. Dies spiegelt sich auch in Kap. 7 in der Frage nach der Häufigkeit, mit der BürgermeisterInnen mit Aufgaben der Moderation von Konflikten konfrontiert sind. Die Angaben zum Thema Jugend korrespondieren hier auch mit der Bedeutung, die dem Thema an anderer Stelle (Kap. 2) bereits zugemessen wurde.

politische Konflikte als große Herausforderung

Was hier bislang nur indirekt zum Ausdruck gelangt, was aber für mögliche Kooperationsbeziehungen von Bedeutung ist, ist der Umstand, dass BürgermeisterInnen und Gemeindeverwaltungen über viele Erfahrungen mit langfristigen Prozessen und deren Verkettungen verfügen. D.h. die Langfristigkeit der Perspektiven ist nicht nur ein Ausdruck für die Beständigkeit von Verwaltung, sondern v.a. dafür, dass entsprechend größere Herausforderungen gesehen werden, die seit Jahrzehnten bereits gemeistert worden sind:

„Keine Wahlperiode ist wie die andere, früher Arbeitslosigkeit und fehlende Arbeitsplätze, dann Demografie mit Schulschliessungen etc., dann zwei mal Hochwasserkatastrophen mit enormen Schäden, jetzt Corona.“⁶

⁶ Anmerkung BürgermeisterIn.

5 Einschätzungen zu Veränderungen in politischen Prozessen

Das Thema der politischen Konflikte wurde bereits im letzten Kapitel angerissen. Damit kommen wir zu einem schwierigen Thema, denn Einschätzungen zu politischen Prozessen sind ihrerseits häufig politisch motiviert, d.h. sie erfolgen häufig nicht unabhängig von entsprechenden Interessen, deren Einschätzung gerade erfolgen soll.¹ Besonders in Phasen aufgeheizter und polarisierter Debatten um zentrale gesellschaftspolitische Themen wie in den letzten Jahren (Stichworte: Migrationsdebatte, Covid19) erfordern einen weniger engagierten als einen eher distanzierten Blick.² Wir haben uns in der Befragung für zwei Themenkomplexe entschieden. Mit den Verschwörungstheorien haben wir ein aktuelles, mit der Nichtbeteiligung an politischen Prozessen ein eher hintergründiges, aber immer wieder aufkommendes Thema herausgegriffen.

5.1 Verschwörungstheorien

Ein seit dem letztem Jahr virulentes Thema ist die Diskussion um sog. Verschwörungstheorien. Insgesamt lässt sich eine stark angestiegene mediale Thematisierung von Verschwörungstheorien beobachten. Sind diese häufig ein Phänomen, das als individuelle und private „Marotte“ belächelt wird, welches aber zugleich ein Faszinosum und legitimes Mittel der Unterhaltung darstellt (wie die diesbezügliche nicht abreißende Literaturproduktion belegt), so ist für die gegenwärtige Situation kennzeichnend, dass der Vorwurf der Verschwörungstheorie Ausdruck einer öffentlichen Konfliktkonstellation ist. In dieser geht es häufig auch darum, den politischen Gegner als nicht zurechnungsfähig zu diskreditieren. Der Terminus der „Verschwörungstheorie“ ist somit ein

„delegitimierende[r] bzw. stigmatisierende[r] Begriff aus dem öffentlichen Diskurs [...] (wie z. B. dem medialen Feld), mit dem Aussagen über eine Verschwörung als falsches bzw. illegitimes Wissen klassifiziert werden.“³

¹ Der zeitliche und sachliche Rahmen dieser Befragung ließ nur wenig Raum für eine vielschichtige Untersuchung dieser Zusammenhänge, die eine eigene, über den Landkreis Bautzen hinausgehende Betrachtung verdient hätten.

² Damit soll keinesfalls das wichtige politische Engagement infrage gestellt, sondern einer durch die Konflikte bestimmten verengten Perspektive entgegen gewirkt werden.

³ Anton et al. 2013, S. 12ff.

Wenn Verschwörungstheorien also vordergründig als ein politisches Phänomen angesehen werden, erfährt die Auseinandersetzung mit diesem Thema eine wesentliche Verkürzung. Dadurch geraten allgemeinere gesellschaftliche Prozesse, etwa solche des Bedeutungsverlustes tragender, mit Deutungsmacht versehener Institutionen, oder solche des Kampfes um Deutungsmacht nicht in den Blick, aber auch der Umstand, dass sich die Öffentlichkeiten insbesondere durch die Möglichkeiten des Internets sehr stark zugunsten unvorhersehbarer und permanenter Irritierbarkeit verändert haben.

Ferner wird in diesen Debatten häufig übersehen, dass es sehr viel mehr und dann v.a. gesellschaftlich auch anerkannte Verschwörungstheorien gibt. Verschwörungstheorien sind Bestandteil politischer und gesellschaftlicher Alltagsnormalität.⁴ So gesehen ist es kaum möglich (und deshalb auch gar nicht sinnvoll), das Phänomen unabhängig von seiner gesellschaftlichen Thematisierung zu betrachten.⁵

Um das Thema etwas differenzierter behandeln zu können, haben wir uns entschieden, zum einen eine allgemeine Einschätzung, zum anderen eine Einschätzung zur direkten persönlichen Konfrontation mit dem Thema abzufragen.⁶ Bei der allgemeinen Einschätzung war es uns wichtig, die Relevanz des Themas zu qualifizieren, d.h. nicht zu allgemein, etwa nach der Zunahme von Verschwörungstheorien insgesamt zu fragen. Wir fragten deshalb zum einen danach, ob man eine *Zunahme des Einflusses von Verschwörungstheorien auf politische Prozesse in der jeweiligen Gemeinde* registriert.⁷ So gaben die BürgermeisterInnen ca. zur Hälfte (56 %), die SozialarbeiterInnen sogar mehrheitlich (67 %) an, eine Zunahme der Bedeutung von Verschwörungstheorien für politische Prozesse zu beobachten (siehe Tab. 5.1). Nur sehr wenige der Befragten waren bei der Einschätzung dieser Frage unsicher, aber auch diese Unsicherheit muss Erwähnung finden, da sie ein Hinweis darauf sein kann, dass nicht unbedingt von allen mit der Kategorie „Verschwörungstheorie“ beobachtet wird.⁸

Zunahme von
Verschwörungstheorien

	ja	nein	weiß nicht
BürgermeisterInnen	56 %	33 %	11 %
SozialarbeiterInnen	67 %	19 %	14 %

Tabelle 5.1: Einschätzung zur Zunahme von Verschwörungstheorien in politischen Prozessen

Desweiteren fragten wir, ob und wie häufig im Zusammenhang von Bürgeranfragen (BürgermeisterInnen) aber auch im Rahmen zufälliger Gespräche (BürgermeisterInnen und SozialarbeiterInnen) über Falschinformationen oder verzerrte Darstellungen sachlicher Zusammenhänge aufgeklärt werden muss. Wir haben dabei bewusst auf die Kennzeichnung

⁴ vgl. dazu Schink 2020.

⁵ Wollte man diesen Fragen systematisch nachgehen, müsste man noch sehr viel mehr und dann auch andere Phänomene mit berücksichtigen.

⁶ Das Thema der Beobachtung von Verschwörungstheorien verdient eine eigene Untersuchung und müsste in einer standardisierten Befragung sehr viel komplexer operationalisiert werden, als dies hier aufgrund der vielen abzufragenden Themen und der daraus resultierenden Knappheit möglich war.

⁷ Damit sollte ein möglichst konkreter Fokus vorgegeben werden, der nicht allein durch die mediale Aufmerksamkeit zu diesem Thema bestimmt ist.

⁸ Ob die Einschätzungen der BürgermeisterInnen möglicherweise auch ein Effekt eines erhöhten Bürgerkontaktes bzw. erhöhter Bürgeranfragen ist, lässt sich den Daten nicht systematisch entnehmen.

„Verschwörungstheorie“ verzichtet und in Kauf genommen, dass darunter auch anderes verstanden werden kann. Auch hier ergibt sich ein ähnliches Bild. Mehrheitlich sind beide Gruppen mit solchen Situationen gelegentlich oder sogar häufig im persönlichen Kontakt konfrontiert.

	häufig	gelegentlich	selten	gar nicht
BürgermeisterInnen	44 %	28 %	28 %	0 %
SozialarbeiterInnen	38 %	48 %	14 %	0 %

Tabelle 5.2: Aufklärungsbedarf hinsichtlich Falschinformationen und verzerrten Darstellungen

Vor dem Hintergrund einer vielerorts erhöhten Aufmerksamkeit für dieses Thema lässt sich die Annahme einer gestiegenen Bedeutung von Verschwörungstheorien durchaus stützen. D.h. diese Aussage stellt in Rechnung, dass die Beobachtung von Verschwörungstheorien auch Ausdruck einer durch mediale Thematisierungswellen erhöhten Sensibilität ist. Zur besseren Veranschaulichung von solchen „Thematisierungswellen“ haben wir einmal Daten bezüglich der Abfrage der Worte „Verschwörungstheorie“ und „Demokratie“ von *Google Trends* herangezogen (siehe Abb. 5.1).

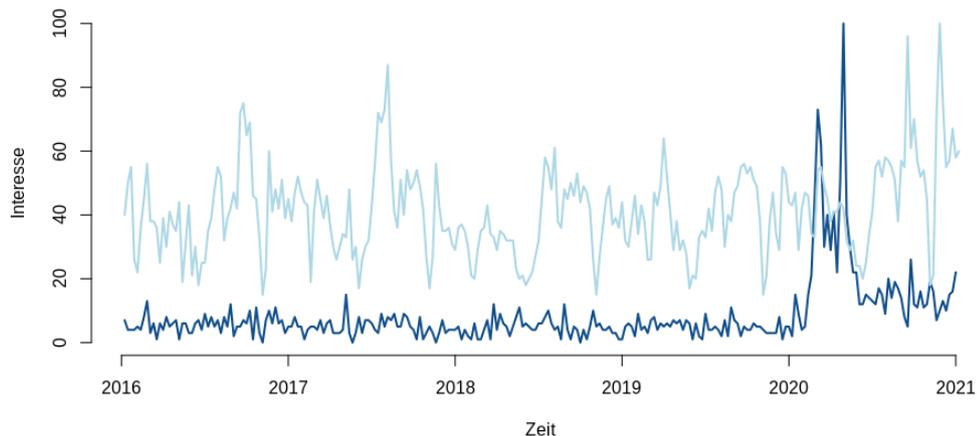


Abbildung 5.1: Interesse an den Suchworten „Verschwörungstheorie“ (dunkelblau) und „Demokratie“ (hellblau) auf Google Trends (Datenabfrage vom 20.01.2021)

Beginnen wir mit „Verschwörungstheorie“. Für das letzte Jahr lässt sich ein deutlich und sprunghaft erhöhtes Interesse nachweisen und nachdem dieses sprunghafte Interesse ebenso schnell wieder abflaut, setzt es sich auf leicht erhöhtem Niveau fort. Man kann daraus auf eine erhöhte allgemeine Sensibilität für das Thema schließen. D.h. es ist zu erwarten, dass gesellschaftspolitische Diskussionen viel häufiger und systematisch mit der Kategorie „Verschwörungstheorie“ beobachtet werden und der sprunghafte Anstieg bei den Suchanfragen ist viel eher ein Hinweis dafür, dass man dieses Thema entdeckt hat, als dass sich darin schon eine Zunahme des Phänomens ausdrückt. Ein wichtiges Indiz hierfür ist die neuerliche Diskussion um Begriffe wie „Verschwörungsideologie“ oder „Verschwörungsmymen“.

Die Suchanfragen für „Demokratie“ zeigen im Gegensatz dazu ein zyklisches Bild, welches mit den Schulferien, aber auch der parlamentarischen Sommerpause zusammenhängen

kann. Die „Ausreißer“ nach oben sind wiederum Hinweise auf eine Überlagerung durch mediale Thematisierungswellen.

5.2 Politische Nichtbeteiligung

Das Thema der politischen Nichtbeteiligung haben wir gewählt, weil die gegenwärtigen medialen Debatten häufig den Eindruck einer umfassenden Politisierung breiter Bevölkerungsschichten hinterlassen. Die gegenwärtig häufig thematisierte Polarisierung erweckt dabei zuweilen den Eindruck einer „gesellschaftlichen Spaltung“, die immer mehr gesellschaftliche Gruppen umfasst. Die Beteiligung an politischen Prozessen, v.a. an Demonstrationen, Petitionen und anderen Formen organisierten Protestes sei dabei Ausdruck einer zunehmenden Unzufriedenheit mit vielen Aspekten der gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Situation. Die Entscheidungen, sich politisch zu beteiligen oder nicht, sind jedoch sehr voraussetzungsvoll. So findet nicht jede politische Frustration den Weg in die Politisierung, aber auch umgekehrt: nicht jeder politischer Protest mobilisiert all jene Personen, die von den Protestthemen direkt betroffen sind.⁹ Das Thema der politischen Nichtbeteiligung lief lange Zeit unter dem Stichwort der Politikverdrossenheit. Im Unterschied dazu ist in den gegenwärtigen medialen Debatten häufig von einer Zunahme pauschaler Ablehnung von demokratischen politischen Prozessen die Rede.

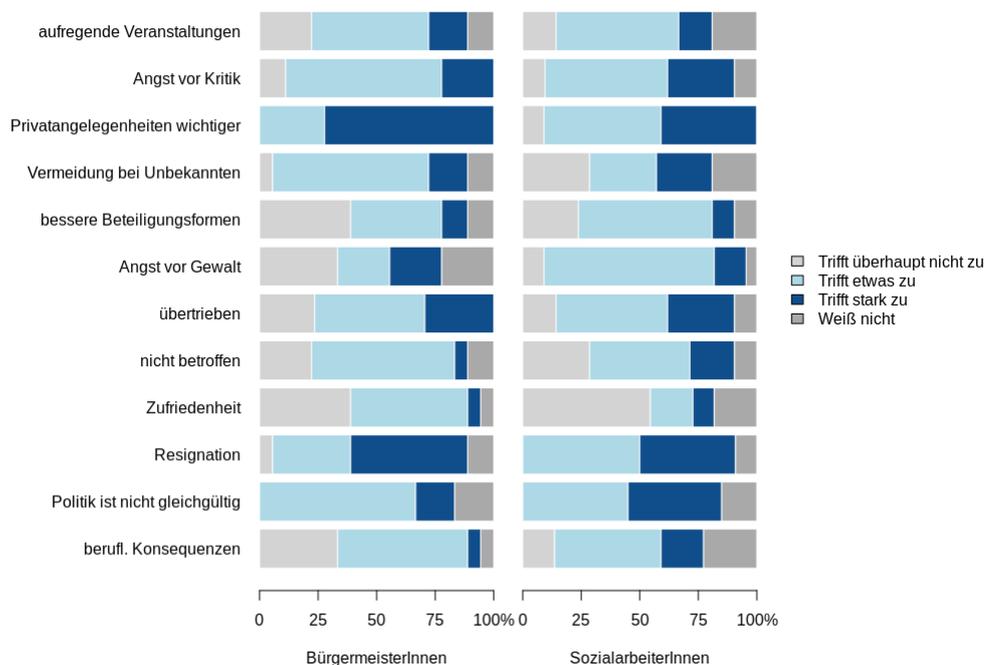


Abbildung 5.2: Gründe für Nichtbeteiligung an Politik

Auch dieses Thema ist sehr vielschichtig, denn gerade Indifferenz gegenüber Politik ist nicht gleichbedeutend mit ihrer Ablehnung, die Verlautbarung und medienwirksame Thematisierung pauschaler Ablehnung von demokratischen Prozessen ist nicht das gleiche wie eine tatsächlich unpolitische oder resignierte Haltung.

⁹ vgl. dazu Hirschman 1970, Olson 1965.

Wir fanden es daher sinnvoll, einmal die Perspektive auf das Thema der Nicht-Beteiligung zu lenken und nach Einschätzungen einerseits zu den Gründen der Nichtbeteiligung insbesondere an Protesten und Demonstrationen, andererseits zur möglichen gestiegenen Relevanz dieser Gründe zu fragen. Hierzu gaben wir den Befragten verschiedene Thesen vor und baten sie um ihre Einschätzung, ob und in welchem Umfang sie diese als zutreffend ansehen würden.

Auffallend und wenig überraschend ist zunächst die Einschätzung, dass die politische Resignation und die größere Bedeutung von Privatangelegenheiten plausible und in ihrer Relevanz gestiegene Gründe für die Nichtbeteiligung an Demonstrationen und Protesten sind.

Aufschlussreich ist aber auch, dass Angst vor Kritik oder negativen beruflichen Konsequenzen, aber auch die Vermeidung politischer Themen bei Unbekannten zwar nicht so häufig, aber dennoch erkennbar als plausible Gründe für Nichtbeteiligung angesehen werden, die in ihrer Bedeutung zugenommen haben. Aufschlussreich sind sie nicht zuletzt auch deshalb, weil dies Themen sind, die in den gesellschaftspolitischen Diskussionen auch erst in jüngerer Zeit aufgekommen sind.

6 Einschätzungen zum Thema Übergriffe und Gewalt

Das Thema „Übergriffe und Gewalt“ ist in der derzeitigen medialen und gesellschaftspolitischen Situation häufiger präsent. Einen besonderen Fokus gab es in den letzten Jahren v.a. auf Gewalt gegen KommunalpolitikerInnen.¹ So gab es dazu bereits auch diesbezügliche Befragungen. Auch hier ist es mitunter schwierig, die tatsächlichen Ausmaße der in Rede stehenden Phänomene von den Effekten medialer Thematisierung zu trennen. Uns interessierte daher nicht nur eine Darstellung tatsächlich erfolgter Übergriffe, sondern wir wollten insbesondere die Einschätzungen hinsichtlich künftig erwarteter Übergriffe erfragen.

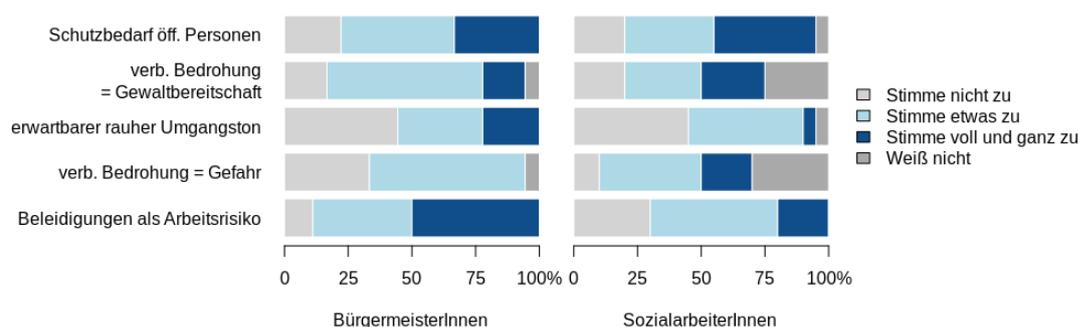


Abbildung 6.1: Einschätzungen zu persönlichen Bedrohungen und zum Umgangston in der Politik

Wir verglichen hier die Einschätzungen der BürgermeisterInnen mit den SozialarbeiterInnen. Der Abb. 6.1 ist zu entnehmen, dass die Einschätzungen beider Gruppen bezüglich des Zusammenhangs von politischem Amt und zu erwartender Übergriffe leicht variieren. Die SozialarbeiterInnen sehen in allen Fragedimensionen eine leicht erhöhte Relevanz des Gewaltthemas bei KommunalpolitikerInnen als die BürgermeisterInnen. So gehören ihrer Auffassung nach Beleidigungen und ein insgesamt rauher Umgangston tendentiell weniger zum erwartbaren Arbeitsrisiko eines Kommunalpolitikers. Auffällig ist jedoch, dass von den SozialarbeiterInnen bei den Fragen zur Einschätzung zur Gewaltbereitschaft und Gefährlichkeit relativ häufig „weiß nicht“ angegeben wurde. Dies deutet u.E. auf eine Ambivalenz der Einstellungen hinsichtlich des Gewaltthemas hin. Überdeutlich auf der anderen Seite ist wiederum, dass sowohl BürgermeisterInnen als auch SozialarbeiterInnen zu einem sehr großen Teil von einer besonderen Schutzbedürftigkeit öffentlicher Personen überzeugt sind.

¹ siehe dazu die Umfrage von KOMMUNAL./forsa von 2020. Vgl. auch z. B. Die Zeit vom 12.01.2010, Tagesspiegel vom 10.07.2019.

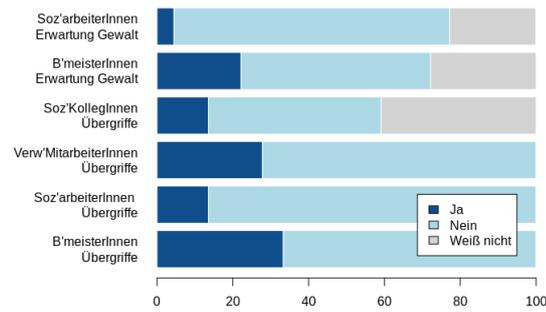


Abbildung 6.2: Einschätzungen zu künftig erwarteten Übergriffen

Zunahme von Konfliktthemen

Zugleich zeigt sich aber auch, dass die Arbeit der BürgermeisterInnen insgesamt von einer deutlichen Zunahme von Konfliktthemen gekennzeichnet zu sein scheint (siehe Kap. 7). Die Abbildung 6.2 verdeutlicht, in welchem Ausmaß die Befragten gewaltförmige Übergriffe zukünftig erwarten. Dies scheint nur bei relativ wenigen der Fall zu sein. Wichtig ist hier auch die Häufigkeit, mit der „weiß nicht“ angegeben wurde, was ein Hinweis darauf ist, dass man sich eine solche Frage bislang entweder gar nicht stellte oder die Kriterien fehlen, nach denen man dies einschätzen kann.²

² Die geringe Anzahl der Befragten erlaubte es leider nicht, systematisch der Frage nachzugehen, ob die Erwartung von gewaltförmigen Übergriffen tendenziell mit tatsächlich erfahrenen Übergriffen zusammenhängt.

7 Einschätzungen zu Veränderungen in den Arbeitsfeldern

7.1 Arbeitsbelastung

Gesellschaftliche Veränderungen sind häufig nicht ohne Auswirkungen für die Rahmenbedingungen, in denen gemeinwesenbezogene Arbeit geleistet wird. Nachhaltige Veränderungen spiegeln sich daher möglicherweise auch in veränderten Zuschnitten von Arbeitsfeldern wieder. Wir fragten die BürgermeisterInnen danach, ob Sie in ihren jeweiligen Zuständigkeiten solche Veränderungen beobachten. Wir unterschieden hierbei zwei Bereiche: zum einen fragten wir nach Veränderungen mit Blick auf Konflikte, zum anderen nach den Auswirkungen von Veränderungen auf Zeitbudgets (siehe Abb. 7.1).

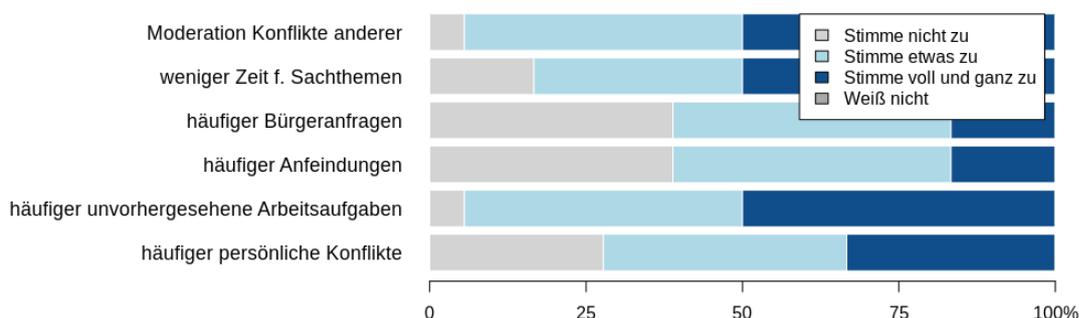


Abbildung 7.1: Veränderungen und Mehrbedarf bei BürgermeisterInnen

Auch baten wir in offener Form nach Einschätzungen über mögliche Ursachen dieser Veränderungen. So scheint es auf der Ebene der Konflikte eine deutliche Zunahme zu geben, v.a. was Konfliktmanagement angeht. Auf der Ebene der Beschäftigung mit Sachthemen wird ein zunehmender Mangel an Zeit verzeichnet. Besonders letzterer wird auch durch die persönlichen Rückmeldungen zur Einschätzung möglicher Ursachen bestätigt. Genannt werden hier v.a. ein zunehmender Verwaltungsaufwand, aber auch die Herausforderungen durch Ausnahmesituationen und die sich hier ergebenden Zumutungen immer weiterer neuer Aufgaben und Zuständigkeiten:

„Wir rutschen von einer Sondersituation in die nächste. Ein Gestalten ist kaum mehr möglich, da die personellen Ressourcen dadurch gebunden werden.“¹

¹ Aussage BürgermeisterIn.

7.2 Gestaltung und Administration

Abschließend interessierte uns, ob die BürgermeisterInnen den Schwerpunkt ihrer Arbeit eher im Rahmen von Verwaltungstätigkeiten oder im Rahmen von Tätigkeiten politischer Gestaltung beschreiben würden. Wir baten die BürgermeisterInnen deshalb um eine allgemeine Einschätzung Ihres Arbeitsfokus, d.h. in welchem dieser genannten Bereiche sie sich verorten. Tabelle 7.1 zeigt, dass die Einschätzung der eigenen Arbeit als Verwaltungstätigkeit etwas überwiegt.

Arbeitsfokus	Verwaltung	politische Gestaltung
	59 %	41 %

Tabelle 7.1: Selbsteinschätzung der BürgermeisterInnen zum Arbeitsfokus

Hinter dieser Einschätzung verbirgt sich jedoch eine bereits angeklungene Ambivalenz, denn der Verwaltungsfokus wird durchaus auch als beengend und kontraproduktiv erfahren, wie dies aus den Antworten auf unsere Frage nach Änderungswünschen hervorgeht. So fragten wir mit Blick auf die gegenwärtigen Herausforderungen in den jeweilige Gemeinden, was man an der „großen Politik“ ändern würde, wenn man dies könnte. Die genannten Themen beziehen sich mehrheitlich auf den administrativen Aspekt der Arbeit. Es entsteht der Gesamteindruck vielfach beengter Handlungsspielräume.

So wünschenswert eine Erweiterung von Gestaltungsspielräumen, v.a. durch Bürokratieabbau, angesehen wird, so wird umgekehrt vehement betont, dass das Amt des/der BürgermeisterIn keine Politisierung erfahren dürfe. Auf die Frage, ob man einer Lockerung des Neutralitätsgebotes zustimmen würde, antworteten 83 % mit nein und die Entscheidung wurde häufig mit der strukturellen Bedeutung der Neutralität begründet.

8 Fazit

Das Programm „Partnerschaften für Demokratie“ ist der Mehrheit der TeilnehmerInnen bekannt. 72 % der teilnehmenden BürgermeisterInnen und 86 % der teilnehmenden SozialarbeiterInnen gaben an, das Programm zu kennen. Umso erfreulicher ist es, dass im Ergebnis dieser Untersuchung festgehalten werden kann, dass es – mit Blick auf die Ziele des Programms – unter den TeilnehmerInnen der Befragung auch eine hohe Ansprechbarkeit gibt.

Die in dieser Befragung angeschnittenen Themen haben sich dabei in mehrfacher Hinsicht für potentielle Kooperationen als anschlussfähig erwiesen. Sie bilden gemeinsame Herausforderungen, denen auf der Grundlage z. T. unterschiedlicher Perspektiven begegnet wird (z. B. beim Thema „Jugend und Jugendarbeit“). Die Verständigung über diese Perspektiven kann dabei helfen, gemeinsame Arbeits- und Entlastungsressourcen zu identifizieren. Darüber hinaus gibt es auch Themen, die in ähnlicher Weise gesehen werden, z.B. die Wahrnehmung von Veränderungen in der allgemeinen politischen Kultur.

Die Themen der politischen Konflikte und die Beobachtung von Veränderungen in der allgemeinen politischen Kultur (etwa als Zunahme der Bedeutung von Verschwörungstheorien, der verstärkten Konfrontation mit Konflikten in Arbeitszusammenhängen, der Angst vor Konsequenzen der Beteiligung an politischen Prozessen) sind deshalb wichtige Anknüpfungspunkte. Inwieweit der Landkreis Bautzen hier eine von negativen Entwicklungen besonders betroffene Region ist, kann anhand der diesem Bericht zugrunde liegenden Daten nicht gesagt werden; dies würde einen Vergleich mit anderen Landkreisen voraussetzen.

Ein für Kooperationen wesentliches Ergebnis ist, dass die TeilnehmerInnen für ihre Gemeinden mehrheitlich eine (verhalten) positive Zukunftsperspektive haben. Was hier nicht bestimmt werden kann und der konkreten Diskussion vorbehalten bleibt, ist die Frage, in welchen Zusammenhängen positive Zukunftserwartungen mit dem Ausmaß und den Richtungen erwarteter Veränderungen stehen.

Auf der Grundlage dieses Berichtes können konkrete Schlussfolgerungen und Ideen für Kooperationen gemeinsam mit allen Beteiligten entwickelt, die gewonnenen Erkenntnisse entsprechend vertieft und eingeordnet werden. Wir bedanken uns nochmals herzlich bei allen TeilnehmerInnen für Ihre Bereitschaft und Ihre Zeit.

Literatur

1. Anton, Andreas / Schetsche, Michael / Walter, Michael (Hg.). 2013. *Konspiration. Soziologie des Verschwörungsdenkens*. Wiesbaden: Springer VS
2. Hirschman, Albert O. 1970. *Exit, Voice and Loyalty. Responses to Decline in Firms, Organizations and States*. Cambridge: Harvard University Press
3. KOMMUNAL. vom 10.03.2020, Artikel *Kommunalpolitiker: Bedrohungen sind an der Tagesordnung*. <https://tinyurl.com/ee75aep5>
4. Olson, Mancur. 1965. *The Logic of Collective Action. Public Goods and the Theory of Groups*. Cambridge: Cambridge University Press
5. Schink, Alan. 2020. *Verschwörungstheorie und Konspiration. Ethnographische Untersuchungen zur Konspirationskultur*. Wiesbaden: Springer VS
6. *Der Tagesspiegel* vom 10.07.2019, Artikel *Kommunalpolitiker zeigen, dass Lübcke kein Einzelfall war*. <https://tinyurl.com/km6pyzj7>
7. *Die Zeit* vom 12.01.2010, Artikel *Zwei Drittel der Bürgermeister schon beleidigt oder attackiert worden*. <https://tinyurl.com/a6x6tfwc>

Mit freundlicher Unterstützung von:

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie *leben!*



bautzen
DER LANDKREIS

